
Dokumentation

Das Fundament bestimmt die Stabilität der Einheitsgewerkschaft*

„Das Prinzip der modernen Einheitsgewerkschaft, der Grundsatz der unverbrüchlichen Solidarität zwischen allen arbeitenden Menschen unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist unabdingbarer Bestandteil unserer Demokratie. Dieses Prinzip ist zugleich die unablässige Quelle unserer politischen Energie. Es ist das Fundament unseres umfassenden Vertretungsanspruches und unserer autonomen Vertretungsmacht für die Arbeitnehmer als Ganzes. Es hat uns zu einem kraftvollen Schutz- und Gestaltungsfaktor gemacht.“
(Eugen Loderer auf dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1980 in Berlin)

Die Liste der Begründungen, warum Arbeitnehmer ihre Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft beenden oder erst gar nicht beitreten, ist lang.

Da wird von allgemeiner Politik- und Institutionenmüdigkeit gesprochen. Immerhin haben die Parteien und die Kirchen mit den gleichen Problemen zu kämpfen. Die Menschen wenden sich von Großorganisationen ab und ziehen sich ins Private zurück. Gerade jüngere oder gesellschaftlich aktivere Menschen organisieren sich lieber in begrenzten Projekten und Aktionsgemeinschaften. Oft, und das ist der bedauerlichste Grund, steht eine Nichtmitgliedschaft im Zusammenhang mit dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der Chancenlosigkeit eines beruflichen Einstiegs.

Welchen Sinn macht es da, in für Gewerkschaften existentiell schwierigen Zeiten, eine Programm-Debatte zu führen? Geht es vorrangig um die programmatische Ver-

* Ergebnisse einer Klausurtagung des Koordinierungsausschusses der seit 1963 bestehenden Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus 21 betrieblichen Vertretern der regionalen Gruppierungen der Arbeitsgemeinschaft sowie einem geschäftsführenden und zwei ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern der IG Metall. Die elf christlich-sozialen hauptamtlich Beschäftigten der IG Metall üben eine beratende/unterstützende Funktion aus.

teidigung des Erreichten oder besteht eine echte Bereitschaft zum offenen Dialog? Können Neuorientierungen oder die Neubelebung mittlerweile verschütteter Grundsatzeinstellungen überhaupt den Karren aus dem Sand ziehen?

Auf der anderen Seite können Gewerkschaften nicht einfach stillhalten und abwarten, wie die Entwicklung weiterläuft. Zu groß sind die bisherigen Erfolge des DGB und der Einzelgewerkschaften. Zu wichtig ist ihre Funktion als Ordnungs- und Gestaltungsfaktor im deutschen Wirtschafts- und Sozialgefüge. Zu wichtig ist auch ihre Bedeutung als parteipolitisch unabhängige Einheitsgewerkschaft.

Niemand, der die Geschichte kennt, wird die Unabdingbarkeit gegenseitiger Toleranz und gleichberechtigter Berücksichtigung politisch differenziert denkender Kolleginnen und Kollegen in der gemeinsamen Organisation in Frage stellen wollen. Die positive Bedeutung der Einheitsgewerkschaft als gewichtig herauszustellen, ist deshalb auch eine immer wieder beliebte und hinlänglich vollzogene Praktik in öffentlichen Äußerungen zahlreicher Gewerkschafter.

Fast jeder kennt mindestens einen christlich-sozialen Funktionär in gewerkschaftlichen Gremien. Nahezu 1 Prozent der Delegierten auf Gewerkschaftstagen stammt aus diesem Kreis. Zumindest theoretisch scheint die Funktionsfähigkeit des DGB als Einheitsgewerkschaft deshalb nicht gefährdet zu sein. Tatsächlich befinden sich auch vereinzelt christlich-soziale Gewerkschafter in hauptamtlichen Positionen. Das Bekenntnis, daß sich eine parteiunabhängige Interessenvertretung aller Arbeitnehmer als Prinzip der Einheitsgewerkschaft bewährt hat, fehlt in keiner Präambel oder Grundsatzentscheidung. Wozu sollten sich deshalb Gewerkschafter mit dem gern als erledigt betrachteten leidigen Thema „Sicherung der Einheitsgewerkschaft“ erneut auseinandersetzen und dies auch noch im Zusammenhang mit der DGB-Programmreform diskutieren? Ausgangsbasis für diese von christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen selbstkritisch gestellte Frage war eine Überprüfung christlich-sozialer Mitarbeit und genutzter oder vertaner Beteiligungsmöglichkeiten in der Einheitsgewerkschaft.

Auf einer Klausurtagung des Koordinierungsausschusses der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen der IG Metall in Königswinter wurde an den eigenen Grundfesten gerüttelt:

- Was begründet, neben der allgemeinen Beteiligungsschwäche in den DGB-Gewerkschaften, den schleichenden Rückzug christlich-sozialer Kolleginnen und Kollegen aus der Gewerkschaftsarbeit im Besonderen?
- Wozu brauchen wir überhaupt eine Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Kolleginnen und Kollegen im DGB und in der IG Metall?
- Betreiben wir damit eine Form der Abgrenzung, die wir zum Überleben brauchen oder die uns zum Aushängeschild funktionalisiert?
- Haben wir uns ein eigenes Reservat geschaffen, oder hat man uns in ein Ghetto gedrängt?
- Wie können verkrustete Strukturen der öffentlichen Darstellung der „Einheitsgewerkschaft“ aufgebrochen werden, um die Gewerkschaften auch für bisher schlecht organisierte Arbeitnehmergruppierungen interessant zu machen?

Auffällig war die Ironie, mit der die Selbstkritik an der massiv schwindenden Bereitschaft eigener christlich-sozialer Mitarbeit geübt wurde. Bei vielen fehlt die persönliche Überzeugung, daß eine gleichberechtigte christlich-soziale Beteiligung in den Gewerkschaften noch möglich ist. Die Enttäuschung sitzt mittlerweile tief. Frustrierende, persönlich verletzende Ausgrenzung aus der gewerkschaftlichen Mitarbeit aufgrund der eigenen Parteiorientierung zur CDU/CSU wird immer wieder erfahren.

Die christlich-sozialen Metallerinnen und Metaller waren mehr als skeptisch, ob sie sich an der DGB-Programm-Debatte beteiligen und diese Probleme öffentlich thematisieren sollten. Ursprünglich wurde kaum eine Chance gesehen, daß durch die Debatte ein historischer Schnitt gemacht und eine ehrliche Diskussion ausgelöst werden könnte, die sichtbare Auswirkungen auf die beschriebene Praxis hätte. Auch wenn sich einige gegenseitig in ihren Empfindungen hochschaukeln: Ihr Einsatz für ihre Gewerkschaft innerhalb ihrer Partei, aber auch im Betrieb und in der Gewerkschaft selbst leidet darunter erheblich. Dies ist eine erschreckende Entwicklung.

Die gemeinsame Erarbeitung des Diskussionsbeitrags des Vorsitzenden der IG Metall, Klaus Zwickel, „Umbrüche im Regulierungssystem“ (GMH 1/95), auf der Klausurtagung hat dann aber doch wieder Hoffnungen für die Zukunft geweckt. Auch wenn es äußerst schwierig ist, Reformansätze für die notwendige Klärung der gewerkschaftsinternen Gestaltung von Einheitsgewerkschaft herauszulesen, werden die dort beschriebenen Positionen grundsätzlich begrüßt. Die Aufforderung zur Reform-Debatte wird als Chance zu einem gewerkschaftlichen Neuanfang gesehen, die nicht vertan werden darf. Besonders wichtig ist es den Mitgliedern des Koordinierungsausschusses festzuhalten, daß die nachdrückliche Aufforderung eine Reform-Debatte zu führen, auch die eigene Bereitschaft der Aufforderer beinhalten muß, die Ergebnisse tatsächlich auch umzusetzen.

Im Zusammenhang mit dem Tod von Eugen Loderer erinnerte man sich daran, daß er bereits auf dem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag 1980 eine notwendige pragmatische Zielsetzung für die Zukunft der Gewerkschaften beschrieben hatte: *„ Unser Verhältnis zu den Parteien ist insgesamt kritischer geworden, weil für sie als sogenannte Volksparteien Arbeitnehmerpolitik nur ein Baustein in ihrer Gesamtpolitik ist. Wir müssen deshalb verstärkt unsere gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen in die politischen Parteien hineinragen.“*

Zumindest jedem Insider ist bewußt, daß gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik vor allem dann erfolgreich ist, wenn sie gerade auch auf unteren und mittleren Ebenen im politischen Vorfeld Einfluß nimmt. Entwicklungsrichtungen der Gesellschaft können aber nur dann tatsächlich beeinflußt werden, wenn die nötige Durchsetzungskraft und die entscheidenden politischen Einflußmöglichkeiten auch vorhanden sind und gepflegt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich, ganz gleich welche der großen Volksparteien die Regierung stellt, damit abfinden, daß sie ihre politischen Forderungen nicht einfach über die ihnen programmatisch nächststehende Partei verwirklichen können. Es muß versucht werden, einen stärkeren Einfluß auf die internen Entscheidungsprozesse in der CDU/CSU zu erreichen. Die politische Kunst besteht darin, statt Druck von außen - der nur mit Gegendruck beantwortet würde - einen gezielten, massiven Binnendruck zu erzeugen. Dazu bedarf es der ernsthaften Bereitschaft und Aufforderung, in die eigenen Gliederungen der Einzelgewerkschaften und des DGB, den Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU und die jeweilige christlich-soziale Arbeitnehmergruppierung stärker an sich zu binden.

Die christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen stehen ihrer Partei, gerade auch durch die Koalition mit der FDP, oft kritisch und distanziert gegenüber. Zu selten werden dort mittlerweile ihre Ideale, Katholische Soziallehre, Evangelische Sozialethik und das Eintreten für die Einheitsgewerkschaft berücksichtigt. Und gerade dieses Eintreten für die Einheitsgewerkschaft wird ihnen von den eigenen Gewerkschaftskollegen immer schwerer gemacht.

Als besonders gravierend wird eine immer wieder bestrittene, aber offenbar weit verbreitete Ausgrenzung Christlich-Sozialer in den Gremien vor Ort und in den

Betrieben angesehen: „Man muß besser sein als die Kollegen und mehr leisten als sie, und trotzdem sind sich alle einig; das ist der/die Schwarze - der/die stört!“ Hinzu kommt, daß einseitige, überzogene und polemische Darstellungen der Regierungspolitik und ihrer Vertreter von CDU/CSU in den Gewerkschaftsmedien und bei öffentlichen Veranstaltungen - gerade auch vor Wahlen — als „Legitimation von ganz oben“ für die Ausgrenzung vor Ort verstanden wird.

Die dahinterstehenden Probleme dürfen nicht einfach weiter ausgeblendet werden. Die Frage muß erlaubt sein: Was machen die Gewerkschaften mit ihrem bisherigen Mitgliederanteil von rund einem Drittel, der CDU/CSU wählt? Wird etwa geglaubt, daß diese selbständig denkenden Kolleginnen und Kollegen dadurch auf die „richtige“ Politikschiene gelenkt werden, indem sie über ihren Mitgliedsbeitrag an ihrer eigenen Verhöhnung beteiligt werden? Was machen die Gewerkschaften darüber hinaus mit all denjenigen nichtorganisierten Arbeitnehmern, die seit nunmehr 1982 die CDU/CSU in die Regierungsverantwortung gewählt haben?

Wenn es stimmt, daß bis heute mehr als 50 Prozent der abhängig Beschäftigten noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind, dann muß in viele Richtungen nachgedacht werden.

Der DGB und die in ihm zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften verstehen sich als zutiefst demokratische Organisationen. Gewerkschaftliche Positionen werden als Mehrheitspositionen betrachtet, die auch für noch-zu-organisierende Gewerkschaftsmitglieder annehmbar sein sollen. Ohne Umkehrung des Mitgliederschwunds und ohne Mitarbeit von Christlich-Sozialen kann der Anspruch der Einheitsgewerkschaft, Interessenvertreter aller Arbeitnehmer zu sein, aber nur schwer aufrecht erhalten werden.

Um neue Mitglieder zum Engagement zu bewegen und die parteipolitische Schiefelage der Gewerkschaften wieder auf die richtige Linie zu bringen, bedarf es mehr als unverbindlicher Hinweise bei der Besetzung gewerkschaftlicher Gremien die Wahrung der Einheitsgewerkschaft zu berücksichtigen. Die Aufforderung an christlich-soziale Kolleginnen und Kollegen, sich sowohl in der CDU/CSU als auch in den Gewerkschaften zu engagieren, reicht nicht aus, so lange die Umsetzung dazu nicht wirkungsvoll unterstützt wird.

Die Einheitsgewerkschaft ist kein Schön-Wetter-Programm, sondern ein Spiegelbild der gewerkschaftlichen Zukunft überhaupt. Die Zustandsbeschreibung läßt sich nicht nur an historischen Bekenntnissen, sondern auch an der Ausrichtung personeller Entscheidungen ablesen. Toleranz und Zusammenarbeit sind mehr als Duldung und Feigenblattfunktion. Arbeitnehmer, egal welcher Weltanschauung und parteipolitischen demokratischen Überzeugung, sollen sich in ihrer Einheitsgewerkschaft wiederfinden. Sie sollen erfahren, daß nur eine starke, solidarisch agierende Organisation wirkliche Gegenmacht gegen die Beschneidung von Rechten und Bedürfnissen aller Arbeitnehmer gewährleisten kann.

Eine sachliche Auseinandersetzung mit der Politik der jeweiligen Regierung und die Darstellung gewerkschaftlicher Positionen mit begründeten Fakten müßte eigentlich jeden Arbeitnehmer von der Richtigkeit gewerkschaftlicher Politik überzeugen. Das Aufzeigen gesellschaftlicher Visionen auf der Grundlage solidarischer Leitsätze und der unnachgiebige Einsatz für eine Verwirklichung dieser Visionen, müßte eigentlich auch bei dem letzten unorganisierten Arbeitnehmer ein schlechtes Gewissen erzeugen, sofern er nicht überzeugter Trittbrettfahrer ist.

Wie gesagt: Ein großer Teil der Arbeitnehmer in Deutschland ist Gewerkschaftsmitglied und wählt CDU/CSU. Sie wollen offensichtlich von ihrer Gewerkschaft ver-

treten werden. Als Kontroll- und ausgleichendes Gegenmachtorgan ist ihnen die Gewerkschaft wichtig. Gewerkschaften erfüllen für sie mehr als nur eine Versicherungsfunktion. Die für sie agierende Gewerkschaft ist der für sie entscheidende Tarifpartner, der ihrer Rechte und Positionen gegenüber dem Arbeitgeberlager vertritt. Vielleicht stehen sie ebenso fest zu ihrer politischen Orientierung. Kolleginnen und Kollegen, auf die man sich verlassen kann, wechseln ihre Partei eben nicht wie ihr Hemd, auch wenn ihnen im eigenen Laden vieles mißfällt.

Vielleicht sehen diese Arbeitnehmer in der CDU/CSU auch nur das kleinere politische Übel. Vielleicht sprechen sie anderen Parteien nur noch mehr Kompetenzen für eine wirtschaftlich und sozial ausgeglichene Zukunftssicherung ab als der CDU/CSU. Zumindest aber haben sie sich, neben ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit, auch entschieden, von wem sie politisch vertreten werden wollen. Und sie wollen nicht gleichgesetzt werden mit den „politischen Deppen“, die nicht selten als solche in den Gewerkschaftsmedien dargestellt werden. Sie wollen sich von „ihrer Gewerkschaft“ nicht immer wieder deutlich machen lassen, daß sie zu den Verlierern der politischen Moral gehören, wenn sie „ihre Partei“ wählen oder zumindest mit ihr sympathisieren.

Arbeitnehmer in einer zunehmend individualisierten Arbeitswelt, umfassend gebildete Jugendliche, selbständig arbeitende Angestellte und selbstbewußte Frauen lassen sich immer weniger durch einen Trichter in die gleiche politische „Meinungsknappheit“ drücken. Die immer wieder beschworene Meinungsvielfalt, die offen diskutiert und auf sachliche Argumente aufbaut, ist die Voraussetzung für eine wirklich demokratische, nachvollziehbar funktionierende Einheitsgewerkschaft.

Die Gewerkschaften müssen sich ernsthaft fragen, ob sie dies ignorieren wollen oder können. Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen. Wer weiß, vielleicht führt die DGB-Programm-Debatte zu mehr Veränderung und Erneuerung als sich bisher abzeichnet? Vielleicht ist eine neue Offenheit sogar der Schlüssel für einen massiven Anschlag einer allgemeinen neuen Beteiligungsfreudigkeit in den Gewerkschaften.